Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 15 (1935-1936)

Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Der Stand der Sanktionenfrage.

Indes die Maultiere der Italiener nach wie vor am Fuße der abessinischen Berge im Nebel ihren Beg suchen, hat fich die Aufregung um die Santtionenfrage allerseits etwas gelegt und einer ruhigeren Beurteilung Blat gemacht. Die plöglichen englischen Entschlüffe, die zu dem Sturz des englischen Dis nifters Sir Samuel Soare führten und an beffen Stelle den volkerbundstreuen Eden setten, haben, vielleicht nicht zulett infolge der bazwischentretenden Festtage, nicht zu unmittelbaren weiteren Folgerungen geführt. Und was an sich, ins= besondere an der innenpolitischen Lage in Frankreich gemessen, in normalen Zeiten kaum möglich erschienen wäre — nämlich das Berbleiben Laval's auf seinem Boften trot ber ausgesprochenen Migerfolge seiner Politif - ift nun, unter bem Drucke einer jehr ernsten frangösischen Befürchtung, doch Tatsache geworden. Laval ift geblieben und mit ihm seine Politik bes Bremsens, und vielleicht war es gerade der Wechsel im englischen Auswärtigen Umte, der Laval indirekt gestütt hat. Schließlich war ja die Bolterbundsfreundlichkeit in Frankreich niemals uneigennugig, sondern vielmehr stets rein machtpolitisch bedingt - im Gegensat zu England, wo, vielleicht zur überraschung ber ganzen Welt, zumindest aber Muffolini's, in der starken Gruppe um Lord Cecil ein Element besteht, das mit recht unenglischem Idealismus ben Grundfäten des Bölkerbundes anzuhängen scheint, in benen man bort immer noch fo etwas wie eine Sicherung bes Friedens erblickt. Das mag auch der Grund gewesen sein, weshalb der Sturz Hoare's gur Notwenbigfeit werben mußte, obwohl er eigentlich rein politisch faum unvermeiblich gewesen ware. Es war mehr ein psichologischer Fall. Das ergibt sich auch daraus, daß der ominoje Plan Laval-Hoare von der britischen Regierung, zu mindest in ihrer großen Mehrheit, vor der Borlage an die Kriegführenden ausdrücklich genehmigt worden war. Und schließlich konnte diese Lösung vom rein englischen Interesse gar nicht als verwerflich angesehen werden, wenn sie auch ben Stalienern etwas mehr geben wollte, als man in England gerne gesehen hatte. Aber diesmal hatte man tatsachlich die Rechnung ohne das Imponderabilium der öffentlichen Meinung gemacht, der man mährend Monaten, damals aus reinen politischen überlegungen im eigentlichen englischen Interesse, nichts anderes als die unwandelbare Bölkerbundstreue der englischen Politik dargelegt hatte. Schließlich geht auch so etwas nur bis zu einem gemiffen Grade und diesmal hatte man feinen Leuten nun doch etwas zu viel zugemutet. Darin und nur darin liegt die Ursache des Sturzes des Herrn Hoare und es mag als Beweis dafür gewertet werden, daß die Argumentation bes gestürzten Ministers in seiner Berteidigungsrebe nicht nur mit Interesse, sondern jum Teil mit ausgesprochener Zustimmung aufgenommen murde. Denn der politische Engländer dürfte mit Hoare durchaus der Ansicht sein — wenn er diese auch heute noch kaum offen zu äußern wagt -, daß nämlich dieser Ronflikt nur durch Berhandlungen gelöst werden kann. Aber einstweilen ist der Plan in die Schublade gelegt — es fragt sich nur, wie lange es dauert, bis er, etwas verschämt und mit gewissen Anderungen, von irgend jemandem wieder hervorgeholt wird.

In diesen Grundzügen der englischen Politik ergibt sich nun eine gewisse Parallelität mit der französischen Auffassung. Es ist jene Auffassung absoluter Skeptik gegenüber der Wirksamkeit des Völkerbundes; von dem englischen Völkerbundsidealismus ist in Frankreich gewiß nichts zu sinden. Alles, was dort heute nach Sanktionen ruft, tut dies im wesentlichen ausschließlich

aus Abneigung gegen den Fascismus und nicht aus Begeisterung für das Recht an sich. So sind diese Leute benn im Wesentlichen in den Kreisen des Front Populaire zu finden und der Kreis reicht anscheinend nicht einmal weit in die Radifalen hinein. Die überwiegende Mehrheit ber frangofischen Politifer und des frangosischen Boltes aber fürchtet ängstlich friegerische Berwicklungen im Falle ber integralen Durchführung ber Bölferbundspolitik und ift unter keinen Umftänden bereit, dieses Risiko auf sich zu nehmen. Dagegen scheint auch die Konzentration von zahlreichen Schiffseinheiten im Mittelmeer nicht zu sprechen. Es handelt sich hier einstweilen um nichts anderes als eine Demonstration der nunmehr zustandegekommenen Ginheit in der Unterstützungspolitik mit England. Bas die Franzojen mit dieser Politit im Grunde wollen, ift wohl nichts anderes als die Sicherung der Unterftugung "für fpatere Falle", die Schaffung eines Brageden 3falles, ber die Engländer veranlaffen mußte, in analogen oder wenigftens analog fonftruierten Fällen wieder gleich zu handeln. Es läßt jich nicht bestreiten, dag in dieser Politit ein großes Mag von the oretischer Logit stedt, wobei man sich immerhin fragen muß, ob sich die sonst geschickten Engländer damit wirklich auch "für spätere Fälle" von vornherein binden laffen. Seute fieht man hier noch keineswegs flar. Wenn es Frankreich tatfächlich gelingen jollte, sich die absolute Unterstützung Englands auf Zeit zu sichern, ohne anderseits im gegenwärtigen Konflikt wesentliche Opfer zu bringen und ohne insbesondere den Italienern ernstlich weh tun zu muffen, so hatte Laval fein Ziel erreicht. Beil die Frangojen unter feinen Umständen eine Schwächung Italiens zulassen und sich anderseits England verpflichten wollen, deshalb haben fie Laval trot allen Migerfolgen nicht gestürzt: Laval versteht sich eben auf's Lavieren!

Es hat demnach den Anschein, daß sich der Konflitt wenigstens in nächster Zeit nicht ernstlicher auswirkt als bisher. So ist es auch sehr fraglich, ob man in diesem Monat, wie ursprünglich vorgesehen, die Olsperre einzusühren gedenkt. Die englische Presse gibt sich zur Zeit in großem Umfange durchaus den Anschein, als halte jie dieje Magnahme nicht für opportun, mahrend die frangösische ihrerseits bereits strifte ablehnt. hier wird einiges auf die sogenannte "Reutralitätspoli= tit" der Bereinigten Staaten ankommen, über deren Ausmaß, vor allem aber über beren hintergrunde man zur Zeit noch nicht flar sieht. Ift Rojevelt ernstlich gewillt, den Grundsatz der Freiheit ber Meere - für die amerikanischen Handelsschiffe notabene! — aufzugeben oder handelt es sich nur um einen Bahlichlager? Bis jest haben jedenfalls die Amerikaner gezeigt, daß jie viel zu gute Geschäftsleute find, als daß fie fich ein für alle mal die großen Gewinnmöglichkeiten im Rriegsfalle entgehen ließen, die man aus dem Beltfriege her kennt. Anderseits ist es sicher, daß ein Rückzug Amerika's von allen europäischen Banbeln von ungeheurer Tragmeite für die gesamte Beltpolitit fein mußte. Bir glauben aber einstweilen noch nicht an diese Politik, benn die Verknüpfung amerikanischer Interessen mit Europa erscheint benn doch bereits viel zu groß, als daß man ein so geartetes Desinteressement erwarten könnte. Ubrigens hören wir zu Diesen amerikanischen Debatten über das Reutralitätsproblem eine wohl nicht gang zufällige, indeffen gerade um fo intereffantere Begleitmufit aus dem amerifanischen Ausschuß zur Brufung der Umstände, die den Kriegseintritt Amerika's im Jahre 1917 bedingt haben. Dort hört man wahrhaft köstliche Dinge und es lohnt sich wirklich, einiges über die Rolle der Firma J. B. Morgan nachzulesen. Wer bas tut, dem steigen ob der fommenden "Neutralität" immerhin einige Zweifel auf.

Jedenfalls ist die Stellung der Bereinigten Staaten im geseebenen Konflikt noch völlig unsicher und solange dürste auch eine Ölsperre kaum erwogen werden. Dazu kommt, daß es beinahe so aussieht, als ob die Jtaliener selbst diese weitere Maßnahme unnötig machen würden. Ihre Ersolge in Aethiopien beginnen sich gesamthaft in etwas zu verwandeln, was nicht gerade weit von einem deutlichen Mißersolg entsernt ist. Die Truppen kommen nun schon seit

zwei Monaten überhaupt nicht mehr vom Fleck; vielmehr sind sie aus's Heftigste bedrängt durch Gegenangrifse und außerdem hat die Güte des Himmels sich den Abessiniern in um diese Jahreszeit ganz unerwarteten Wasserübeln kund getan. Dabei ist zu bedenken, daß schon diese "kleine" Regenzeit bereits die Vorläuserin der großen ist, die im Mai beginnt und vor allem, daß die abessinischen Kernstruppen mit europäischer Ausbildung nicht nur noch nicht eingegrifsen haben, sons dern vielmehr in ihren eigentlichen Stellungen so weit zurückliegen, daß die Italiener noch hunderte von Kilometern zurücklegen müssen, ehe sie überhaupt auf die Truppen stoßen. Was dis jeht geschieht, sind Kämpse gegen einen mehr oder weniger irregulären Feind — und unter diesem Gesichtspunkt ist der italienische Mißersolg doppelt bemerkenswert. Dazu kommt, daß heute schon, wo die Italiener kaum über die Grenze gekommen sind, auf einen Kämpsenden siedzehn, bezw. neunzehn Mann in der Etappe gezählt werden müssen!

So ist es gar nicht ausgeschlossen, daß der Duce, vielleicht schon, um sich selbst zu retten, in kurzer Zeit genötigt sein wird, von sich aus Borschläge zu machen, denn wenn es so weitergeht, wird seine Verhandlungsposition natürlich immer uns günstiger und anderseits ist es doch sehr fraglich, ob Mussolini bereits heute noch genügend materielle und moralische Ressourcen besitzt, um eine Ausdehnung des Feldzuges dis über's Jahr wagen zu können. Je schwächer aber seine Position wird, um so geringer wird die Bedeutung der Sanktionen und umso mehr schwindet die Gesahr, daß diese Maßnahmen eine ernstliche Ausdehnung ersahren könnten.

Der Schweiz kann diese friedlichere Perspektive natürlich nur sehr erwünscht sein, denn wir muffen sagen, daß es uns fehr gut gegangen sein wird, wenn das Problem sich gewissermaßen in sich felbst auflöst. Seute allerdings find wir noch nicht so weit. Dagegen können wir feststellen, daß die gegen Italien unsererseits ergriffenen Teilsanktionen doch nicht das Unheil angerichtet haben, das man hatte befürchten können. Das Clearingabkommen, das eigentlich nichts anderes ist als ein 3 wangsclearing, funktioniert einigermaßen und die Migstimmung in Italien ift, so hört man, nicht allzu groß. Und, sofern wir tatjächlich das Glud haben follten, daß eine Erweiterung ber Sanktionen unterbleibt, burfte daraus auch das Unterbleiben jedes weiteren Druckes der Sanktionsmächte und der zahllosen Besuche der englischen und frangofischen Gesandten in Bern rusultieren. Im Gegenteil: unsere Lage mare bann verhandlungstechnisch gar nicht ungunstig, weil wir das Postulat einer Erweiterung der Londonererklärung immerhin mit bem Präzedenzfall unserer — effektiv geduldeten - Burudhaltung im gegenwärtigen Ronflitt ftugen könnten. Daß aber jolche Berhandlungen kommen muffen, damit uns die Zukunft vor schweren Gefahren bewahre, dürfte wohl heute, nach ben gemachten Erfahrungen, in weitesten Rreisen des Schweizervolkes direkt verlangt werden.

Inzwischen hat nun vorerst der Ständerat über den Sanktions se bericht des Bundedrates verhandelt. Man kann nicht sagen, daß es ein Nachteil war, wenn in der kurzen Sizung von dem Problem eigentlich verhältnismäßig wenig Aushebens gemacht worden ist. Außer den Erklärungen von Bundesrat Motta, die sich mit den bereits bekannten Argumenten bezüglich unserer Verpsichtungen im Völkerbund durchaus deckten, hörte man im wesenklichen nur eine
mutige Rede des Herrn de Coulon, der — mutatis mutandis und gemäßigter angesichts des Forums — ungesähr den Standpunkt vertrat, der sich in diesen
Heften sindet. Er plädierte sür Zurückhaltung in der Frage der Sanktionen und
warnte vor einem weiteren Versenken in die Völkerbundsmaschinerie. Das waren
kluge und tapfere Worte, und es freut uns doppelt, daß sie von einem
Witbürger welscher Zungelegenheit eher wenig beachtet und es scheint uns dies
ein Versahren zu sein, das auch dem Nationalrat wohl anstehen würde. Denn
die Hauptspage, die grundsätliche, über unsere fernere Stellung im Völs

kerbund, scheint heute für eine öffentliche Behandlung vor dem verantwortlichen Parlament noch nicht reif zu sein, wie überhaupt gegenüber so heiklen Problemen der Außenpolitik ein gewisses Maß von Zurüchaltung, schon wegen der Wirkung nach außen, angebracht erscheinen mag, solange wenigstens, als wir nicht die Geswißheit haben, daß ernstliche Gesahren für unsere Unabhängigkeit aus dem gegenswärtigen Konflikt nicht mehr erwachsen können. Umsomehr aber möge von seiner Stunde an dann das ganze Volk zum Katschlag zusammentreten und im Gedenten an die uns überlieferte Freiheit künftige Gesahren mit Mut und Entschlossenheit abzuwenden trachten.

Sann b. Sprecher.

Begräbnis der Kriegsschädenfrage?

Mit Botschaft vom 20. Dezember beantragt ber Bundegrat den Räten, Die leidige Rriegsschädenfrage endlich aus Abschied und Traktanden fallen zu lassen und ftill zu beerdigen. Ein langer Rampf ums Recht soll damit ein Ende finden, ein Kampf, deffen Ursachen zwanzig und mehr Jahre guruckliegen. In Deutschland, England, Frankreich und Italien find gahlreiche Schweizer burch ben Rrieg in gang erheblichem Mage geschädigt worden, sei es durch Berftörungen infolge Einwirtung der Rriegsmittel, ober durch Requisitionen. Der Gesamtbetrag dieser Rriegsichaben von Auslandschweizern beträgt rund 50 Millionen Franken. Bährend die Staaten ihren eigenen Staatsangehörigen gegenüber eine Rechtspflicht zur Wiebergutmachung der erlittenen Schäden anerkennen, lehnen fie es grundfätlich ab, auch den neutralen Ausländer zu entschädigen, der mitten unter ben Staatsburgern lebte und seinen oft sehr großen Anteil hatte an der Bolkswirtschaft des Gastlandes. Nach langjährigen und langwierigen ergebnislofen Berhandlungen wollte der Bundesrat bekanntlich schon einmal die Flinte ins Korn werfen, als ihm im Dezember 1935 die Bundesversammlung den Auftrag erteilte, "feine bisherigen Bemühungen . . . fortzuseten und auch die vermittelnde Tätigkeit bes Bolkerbundes oder des Ständigen Internationalen Gerichtshofes anzurufen." Der Bundesrat mußte wohl oder übel in den sauren Apfel beißen und strebte ein Gutachten des Haager Gerichtshofes an, weshalb er den Bölkerbundsrat ersuchte, ein foldes Gutachten zu veranlaffen. Es ist wohl noch in guter Erinnerung, in welcher standalösen Beise unser Begehren vom Bolkerbundsrat unter den Tisch gewischt wurde, und wie insbesondere der seither verstorbene und durch ein Denkmal auf dem Bürgenstock für seine "Berdienste" um unfer Land geehrte Außenminifter ber frangofifchen Republik, Louis Barthou, das schweizerische Begehren in unfreundlichster Art und Weise ablehnte. Am 23. Mai 1935 beschloß der Rat mit allen Stimmen gegen diejenige der Schweiz, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen!

Um diesen Entscheid des Bölkerbundsrates in seiner vollen Bedeutung ermessen zu können, muß man sich immer wieder klar vor Augen halten, daß der Rat nicht materiell über die Entschädigungen entschieden hat. Es handelte sich sür ihn nicht darum, die vier genannten Staaten zur Zahlung von insgesamt 50 Millionen Goldfranken Entschädigung zu verurteilen. Was vom Bölkerbundsrat verlangt wurde, war viel bescheidener: er hätte lediglich dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag Austrag erteilen sollen zur Ausarbeitung eines juristischen Gutachtens über die Schadenersahansprüche der geschädigten Schweizer. Wie dieses Gutachten im Haag ausgesallen wäre, ist dabei völlig ungewiß, ja es ist sogar wahrscheinlich, daß auch dieses Gutachten negativ gelautet hätte. Tropdem wollte der Bölkerbundsrat nicht einmal zu einem solchen Gutachten des höchsten Gerichtshoses Hand bieten und hat die Anrusung des Haag einsach verhindert. Für die kriegsgeschädigten Landsleute ist das wohl eine bittere Enttäuschung. Aber die Kriegsschädensrage ist längst mehr als nur eine Frage materieller Ansprüche einiger

Schweizer. Sie ist heute eine eminent politische Frage. Der Spruch des Bölkerbundsrates ist auch politisch, und so muß nun die ganze Kriegsschädensrage auch von der Schweiz politisch gewertet werden. So betrachtet, kann uns der Spruch des Bölkerbundsrates nur freuen, weil er so vielen leichtgläubigen Landsleuten die Augen geöffnet hat und sie nun die wahre Natur dieses Bölkerbundes erkennen. Die Haltung des Bölkerbundsrates beweist drastisch, daß dem Bölkerbund nichts daran gelegen ist, dem Rechte zum Durchbruch zu verhelsen und Konslikte und Streitigkeiten unter Mitgliedstaaten zu schlichten. Sein ganzer Sinn besteht darin, die Interessen der tonangebenden Mächte zu schützen. "Bölkerbundspolitik" ist nichts anderes als Großmachtspolitik! Auch der schweizerische Bundesrat hat dies in ersreulicher Weise anerkannt und bestätigt es schriftlich in seiner Botschaft an die Käte, der dritten übrigens in dieser Kriegsschädensrage, wo es wörtlich heißt:

"Aber der Kat ist ein politisches Organ und die Großmächte üben in ihm einen maßgebenden Einfluß aus. Wie hätten wir in Genf je erhalten können, was man uns in Paris und Rom seit Jahren mit Beharrlichkeit verweigert hatte?"

Nun erhalten wir es also endlich von höchster schweizerischer Stelle bestätigt, auf welche Beise in Genf Politik gemacht wird, und was es für eine Bewandtnis hat mit all den schönen, aber ach, so hohlen Phrasen, die immer wieder in und um Genf gemacht werden. Bir freuen uns herzlich, daß der Bundesrat endlich den Mut fand, in aller Offentlichkeit das Kind beim rechten Namen zu nennen und die sogenannte Bölkerbundspolitik zu demaskieren. Über nun gilt es auch, aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen zu ziehen, das eigene Verhalten gegenüber diesem Völkerbund entsprechend zu gestalten und dafür zu sorgen, daß die Schweiz so bald als möglich wieder ihre volle Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit erhält!

In der Kriegsschädenfrage bleibt uns heute nur noch die eine Möglichkeit, auf Grund des Vergleichs- und Gerichtsvertrages vom 20. September 1920 Italien vor den Haager Gerichtshof zu laden. Gegen die übrigen Staaten vorzugehen, soll keine Möglichkeit mehr bestehen. Die Schweiz hat bisher diese Möglichkeit nicht ergriffen, weil es ihr widerstrebte, "für eine Frage, die über den Rahmen der schweizerisch-italienischen Beziehungen hinausreicht, Italien allein vor die Gerichtsschranken zu rusen." Der Bundesrat ist aber auch heute noch gegen ein solches Vorgehen, weil er besürchtet, "daß uns ein solches Vorgehen neue Enttäuschungen einbrächte. Wir haben einen einstimmigen Rat gegen uns gehabt. Dars man versnünftigerweise hoffen, je die Mehrheit des Haager Gerichtshofs auf die These unserer Geschädigten zu vereinigen?"

Tropdem finden wir, die Schweiz follte in der Rriegsschädenfrage auch noch die lette Möglichkeit versuchen, auch wenn die Erfolgsaussichten sehr gering find. Der Bundesrat hat den negativen Ratsentscheid damit erklärt, der Rat sei eine politische Instang. Der haager Gerichtshof sollte eine unpolitische Gerichtsinstang jein. Trifft bas zu, fo konnen wir auf einen gunftigen Enticheid hoffen, ber menigstens einem Teil der Rriegsgeschädigten Recht verschafft und der, wenigstens moralisch, die übrigen Staaten und ben ganzen Bolferbund ins Unrecht sest. Trifft es aber nicht zu, ist auch der Haager Gerichtshof eine politische Instanz, die nach politischen Gesichtspunkten "Recht" spricht, so hat die Schweiz alles Interesse daran, diesen eventuellen politischen Charakter des Haager Gerichtshofes möglichst bald beutlich zu erkennen, bamit wir dann ein für allemal miffen, mas wir vom Saag zu halten haben und uns auch ihm gegenüber entsprechend verhalten fönnen. Aber noch in anderer hinsicht wird eine Unrufung des haager Berichtshofes fur uns wertvoll fein: wir werden dann aus dem Berhalten Italiens flar erfennen, was unfer Bergleichs- und Gerichtsvertrag wert ift, je nach bem, ob Stalien einer Anrufung des Haager hofes Schwierigkeiten bereitet oder nicht. Wie auch der Enticheid im haag ausfallen wird, wir konnen auf alle Falle nichts verlieren, fonbern nur gewinnen, und mare es lediglich die traurige Erkenntnis, daß ein kleines Land trop Bölkerbund und Internationalem Gerichtshof verkauft ift. Darum hoffen

wir bestimmt, die eidgenössischen Käte bieten nicht Hand zur stillen Beerdigung der Kriegsschädenfrage, sondern beauftragen den Bundesrat aufs neue, den Haager Gerichtshof anzurufen gegen Italien. Nur wäre es dann wünschenswert, daß die schweizerischen Interessen nicht wieder vertreten werden von einem Außenminister, der von Ansang an von der Erfolglosigkeit seiner Bemühungen überzeugt ist, was auch der geschicktesten Beweissührung notwendigerweise jede Schlagkraft nehmen muß.

Man macht es dem Dritten Reich zum Vorwurf, daß "Recht ist, was Deutschland nütt." Die Kriegsschädenfrage beweist uns, daß auch andere Staaten und der ganze Bölkerbundsrat nach solchen Grundsätzen leben. Der Unterschied zwischen Deutschland und den übrigen Staaten beruht nur darin, daß das in Deutschland auch gesagt wird, während man in andern Ländern das eine sagt, aber im Stillen nach dem andern handelt.

Gottfried Bengin.

Mehrpolitische Rundschau

Die Landesverteidigung im Finanzprogramm II.

Das Finanzprogramm II des Bundesrates mit seiner Tendenz nach wesentslichen Einsparungen berührt zum Teil auch die Landesverteidigung, allerdings nur in geringem Maße, denn erstens wird bei unsern Militärausgaben schon längst in einer oft beengenden Art gespart, und zweitens darf selbstverständlich keine Einssparung vorgenommen werden, die irgendwie die Kriegstüchtigkeit unserer Armee herabsehen könnte. Der Bundesrat schreibt denn auch in seiner Botschaft zum Fisnanzprogramm:

"Was die Kosten der Landesverteidigung (ohne Personalausgaben) bestrisst, so ist in letzter Zeit inners und außerhalb des Parlaments wiederholt anerkannt worden, daß das Möglichste geschieht, sie einzuschränken. Daß esauf diesem Gebiet in nächster Zeit außerordentlich schwer fallen muß, dem Spargebot weiteren Tribut zu zollen, ist angesichts der kritischen Weltlage und der militärischen Aufrüstung in den meisten andern Staaten wohl verständlich."

Die wichtigste Einsparung, die der Bundesrat bei den Ausgaben jür die Landessverteidigung vorsieht, betrifft eine Reduktion des Soldes, wie er vom Bundesrat schon im ersten Finanzprogramm angeregt worden, von den Käten aber abgelehnt worden war. Da gleichzeitig auch die Löhne und Gehälter in Ansehung der wirtsichaftlichen Lage neuerdings herabgesetzt werden sollen, ist auch gegen eine bescheisdene Herabsekung des Soldes in erträglichen Grenzen nichts zu sagen. Der einzelne Wehrmann wird es zwar spüren, wenn der Sold um 10 bis 15 % sinkt. Aber das Wesentliche ist doch wohl, daß durch diese Maßnahme die Landesverteidigung in keiner Weise geschwächt wird. Im ganzen erhofft sich der Bundesrat von der Soldsreduktion eine Einsparung von 977,325 Franken. Mit dem Sold soll auch die Barentschädigung für die Unisormierung der Offiziere in Anpassung an die gesunskenen Preise um 10 % reduziert werden, womit weitere 60,000 Franken eingespart werden können.

Eine weitere Sparmaßnahme betrifft verschiedene Bundesbeiträge im Gebiet ber Landesverteidigung, die sich eine gewisse Reduktion gefallen lassen sollen. Das Schükenheer wird mit Freude vernehmen, daß an den bereits geschmälerten Beisträgen für das Schießwesen außer Dienst nicht' mehr weiter abgebaut wird. Das